



Detailansicht des Registereintrags

VerbraucherService Bayern im Katholischen Deutschen Frauenbund e.V.

Aktuell seit 23.07.2026 11:30:24

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R005486
Ersteintrag:	24.11.2022
Letzte Änderung:	23.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	23.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Dachauer Str. 5 80335 München Deutschland Telefonnummer: +498951518743 E-Mail-Adressen: info@verbraucherservice-bayern.de Webseiten: <u>www.verbraucherservice-bayern.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Schenkungen und sonstige
lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,10

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Eva Fuchs**
Funktion: Vorstandsvorsitzende
2. **Beate Keller**
Funktion: Vorstandsmitglied
3. **Erika Schnappinger**
Funktion: Vorstandsmitglied
4. **Ursula Patzelt**
Funktion: Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Juliana Daum**
2. **Dr. Leyla Sedghi**
3. **Nadia Kochendörfer**
4. **Ulrike Müller-Münch**
5. **Eva Fuchs**
6. **Beate Keller**
7. **Erika Schnappinger**
8. **Ursula Patzelt**

Gesamtzahl der Mitglieder:

106.222 Mitglieder am 31.12.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (13):

1. VerbraucherService im Katholischen Deutschen Frauenbund e.V., Kaesenstrasse 18, 50677 Köln
2. Bayerischer Landesausschuss für Hauswirtschaft e.V.
3. Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.
4. Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh), Bonn
5. Fleischprüfing Bayern e.V.
6. Bayerische Klima-Allianz
7. Forum Waschen
8. Frauenforum KAB Augsburg
9. KATE Umwelt und Entwicklung e.V.
10. Ökopakt Bayern
11. Umweltbildung.Bayern
12. Zentrum für europäischen Verbraucherschutz e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Datenschutz und Informationssicherheit; Werbung; Zivilrecht; Rente/Alterssicherung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Personenverkehr; Verbraucherschutz; Versicherungswesen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Förderung und Gestaltung eines modernen Verbraucherschutzes durch Mitwirkung am politischen Willensbildungs- und Gesetzgebungsprozess zu verbraucherrechtlichen, Ernährungs-, Umweltfragen und sonstigen Fachgebieten, die auf gesicherten bzw. die herrschende wissenschaftliche Meinung berücksichtigenden Erkenntnissen beruhen. Kontaktpflege zu staatlichen und kommunalen Stellen, Ministerien, Regierungen und einschlägigen Organisationen.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Kostenerstattung außergerichtlich entstandener Forderungsabwehrkosten

Beschreibung:

Der VerbraucherService Bayern im KDFB e.V. fordert die Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage, damit Verbraucher*innen (außergerichtlich entstandene) Kosten erstattet werden können, die ihnen im Rahmen der Abwehr von zu Unrecht geltend gemachter Forderungen durch Inkassounternehmen / Rechtsanwaltskanzleien entstanden sind. Unternehmen, die sich eines Inkassounternehmens und / oder einer Rechtsanwaltskanzlei bedienen, um unberechtigte Forderungen bzw. unbegründete Ansprüche durchzusetzen, sollen auch diejenigen Kosten zu tragen haben, die Verbraucher*innen durch die Abwehr solcher Forderungen entstehen.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

2. Einführung einer Zuckersteuer auf Süßgetränke

Beschreibung:

Der VerbraucherService Bayern im KDFB e.V. fordert die Besteuerung von mindestens 20 Prozent auf zuckerhaltige Getränke in Deutschland

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

3. Einführung eines verpflichtenden Versicherungsschutzes gegen Elementarrisiken in der Wohngebäudeversicherung**Beschreibung:**

Der VerbraucherService Bayern im KDFB e.V. fordert eine allgemeingültige Verpflichtung, Wohngebäude gegen Elementarrisiken zu versichern. Versicherungsunternehmen sollen jedem Immobilienbesitzer einer Wohnimmobilie Zugang zu einer bezahlbaren Elementarversicherung gewähren müssen. Dabei soll die maximale Selbstbeteiligung der Versicherungsnehmer auf 1% der Schadenssumme begrenzt werden, wenn von diesen zumutbare Schutzmaßnahmen ergriffen wurden. Versicherungsunternehmen sollen sich an Schutzmaßnahmen beteiligen müssen.

Interessenbereiche:

Versicherungswesen [alle RV hierzu]

4. Einführung eines Transparenzregisters mit Prüfsiegel für Finfluencer**Beschreibung:**

Ziel der Interessenvertretung ist die Einführung eines verpflichtenden Transparenzregisters mit Prüfsiegel für Finfluencer, die im deutschsprachigen Raum Inhalte zu Finanzthemen veröffentlichen. Finfluencer sollen dabei einen Sachkundenachweis erbringen und durch die BaFin erfasst werden – analog zum bestehenden Vermittlerregister der IHK für Finanzanlagen- und Versicherungsvermittler. Ziel ist es, mehr Transparenz und Verbraucher*innenschutz in der wachsenden Finfluencer-Branche sicherzustellen.

Betroffenes geltendes Recht:

GewO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

5. Öffentliche Mobilität muss einfach, komfortabel und preiseffizient sein**Beschreibung:**

Ziel der Interessenvertretung ist die gesetzliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Nutzung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs durch Verbraucher*innen. Dazu zählen insbesondere: die Einführung eines bundesweit einheitlichen Tarifsystems im ÖPNV, die rechtliche Verankerung eines analogen Zugangs zu Tickets und Beratung, verbesserte Stornierungs- und Anfechtungsmöglichkeiten, klare Passagierrechte bei multimodalen Reisen sowie die langfristige Sicherstellung und soziale Ausgestaltung des Deutschlandtickets. Außerdem wird ein rechtlicher Anspruch auf barrierefreie Nutzung und wohnortnahe Erreichbarkeit des öffentlichen Verkehrs angestrebt.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]

6. Regeln für Family-Influencer: Stärkung von Kinderrechten und Kinderschutz im digitalen Raum

Beschreibung:

Der VerbraucherService Bayern fordert eine Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum Schutz von Kindern im digitalen Raum. Kernpunkte des Regelungsvorhabens sind: ein Verbot kommerzieller Kinderfotos bis sieben Jahren, die Erweiterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes auf Influencer-Tätigkeiten, die Stärkung des Persönlichkeitsrechts von Kindern online, die Einrichtung eines Treuhandfonds für Einnahmen aus Kid-Content sowie umfassende medienpädagogische Aufklärung für Eltern und Kinder. Ziel ist der Schutz von Minderjährigen vor Verletzungen ihrer Privatsphäre, wirtschaftlicher Ausbeutung und Gefährdungen ihres Kindeswohls durch „Sharenting“ und kommerziellen Kid-Content.

Betroffenes geltendes Recht:

JArbSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511210009 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.11.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

7. Altersvorsorgedepot mit steuerlicher Begünstigung

Beschreibung:

Einführung eines verständlichen Altersvorsorgedepots mit maximalen Gesamtkosten von einem Prozent. Abbildung der Kapitalanlage in den globalen Aktien- oder Anleihenmarkt über breit gestreute ETFs. Steuerfreiheit von Erträgen in der Anspar- und Auszahlungsphase, dafür keine steuerliche Begünstigung von Sparbeiträgen.

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]; AltZertG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

8. Einheitliche Standards und konsequente Regulierung für Auskunfteien

Beschreibung:

Schaffung einheitlicher, gesetzlich normierter Regeln für Scoring-Verfahren. Insbesondere eine transparente, diskriminierungsfreie und standardisierte Bonitätsbewertung sowie ein generelles Verbot von „Social-Scoring“. Verpflichtende jährliche Zusendung einer DSGVO-Datenkopie, Anspruch auf eine kostenfreie Bonitätsauskunft pro Jahr sowie Schaffung eines

unbürokratischen Korrekturverfahren bei falschen Einträgen. „Scoringfreiheit“ für Verträge der Daseinsvorsorge: Verbot bzw. besonders strenge Anforderungen und Kontrollen der Nutzung von Scoring-Werten bei existenzsichernden Leistungen zur Gewährleistung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

9. Sauberes Wasser - Medikamentenrückstände wirksam begrenzen

Beschreibung:

Einführung verbindlicher gesetzlicher Vorgaben zur Reduktion von Medikamentenrückständen im Wasser, insbesondere Kennzeichnungspflicht umweltfreundlicher Arzneimittel auf der Verpackung von Medikamenten durch Hersteller, sowie passgenaue Verpackungseinheiten zur Vermeidung von Medikamentenresten.

Betroffenes geltendes Recht:

AMG 1976 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (3):

1. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 260.001 bis 270.000 Euro

Zuwendung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie für das Projekt Energieeinsparberatung

2. Freistaat Bayern (Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz)

Deutsche Öffentliche Hand – Land

München

Betrag: 3.470.001 bis 3.480.000 Euro

Institutionelle Förderung und Förderung des Projekts "Partnerschule Verbraucherbildung"

3. Bayerisches Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Deutsche Öffentliche Hand – Land
München
Betrag: 520.001 bis 530.000 Euro
Projektförderung im Bereich Ernährung

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

40.001 bis 50.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. **Bischöfliche Finanzkammer / Ordinariat Passau**

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Personal- und Sachkostenzuschuss

2. **Bischöfliche Finanzkammer Augsburg**

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Personalkostenzuschuss

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

280.001 bis 290.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2026_07_13_GuV_2025.pdf